

Ein offener Brief als Hilferuf

Neue Verträge ermöglichen kein Gehalt nach Tarif mehr: Die vereinsgetragenen Stadtteilzentren wenden sich an den Rat und die Verwaltung



Von Uwe Janssen

Belohnung statt Kompromiss

Haben wir an dieser Stelle schon einmal erwähnt, dass Stadtteilkulturarbeit wichtig ist? Ja? Dann machen wir das gern noch einmal. Denn Offene Briefe, in denen die Begriffe „Dilemma“ und „Hilferuf“ vorkommen, schreiben die Verantwortlichen in den Häusern nicht so häufig. Dafür haben sie viel zu tun. Mehr jedenfalls, als mit dem Wort Kultur umschrieben ist. Es ist Stadtteilssozialarbeit, gerade in den vergangenen Jahren.

Einschränkungen statt Belohnung

Die Arbeit mit in Hannover angekommenen Geflüchteten, dazu eine Pandemie und eine Inflation, die manche härter trifft als andere – all das sollen die Teams in den Stadtteilzentren, Kulturtreffs und Freizeitheimen auffangen und abfedern. Mit passenden, erschwinglichen, abwechslungsreichen Angeboten, mit Geduld, Rat und manchmal einfach nur mit Zuhören. Die vergangenen Jahre waren schwer und verlangen für die Mitarbeitenden und Verantwortlichen eher nach einer Belohnung als nach Kompromissen und Einschränkungen.

Die vereinsgetragenen Einrichtungen, die nun um Hilfe rufen, sollen laut Kulturentwicklungsplan eigentlich Lücken füllen im Kulturarbeitsnetz des Stadtgebiets. Das ist aber kaum zu schaffen, wenn man eigene Löcher stopfen muss. Deshalb noch mal: Stadtteilkultur ist wichtig. Mehr denn je. **Seite**

Von Uwe Janssen

Alle Stadtteile. Das Wort „Dilemma“ fällt schon ganz früh: Man könnte von einer Zwickmühle sprechen, in der sich die 13 Stadtteilkulturzentren in Vereinsträgerschaft wähen und deshalb einen offenen Brief an die Stadtverwaltung und den Rat geschrieben haben, der, auch schon am Anfang, noch ein Wort enthält, das dieses Dilemma verdeutlichen soll. „Wir, die Vorstände von vereinsgetragenen Stadtteilkultureinrichtungen, wenden uns mit einem Hilferuf an Sie.“

Sonderstellung besteht

Es geht mal wieder um Geld, und um eine Sonderstellung dieser Kultureinrichtungen wie beispielsweise die Kulturtreffs in Hainholz und Bothfeld, das Kulturbüro Südstadt oder die Bürgergemeinschaft Wülferode. Sie sollen laut eines sogenannten Kulturentwicklungsplans in Bezirken Kulturarbeit leisten, in denen es keine in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eingerichteten städtischen Freizeitheime und Stadtteilzentren gibt.



Hätten sie die Verträge nicht unterzeichnet, hätte es kein Geld mehr gegeben, und die Kulturvereine hätten ihre Arbeit einstellen müssen.

Zitat aus dem offenen Brief an die Stadtverwaltung und den Rat

Zwischen der Stadt und den ehrenamtlich arbeitenden Vereinsvorständen werden Förderverträge für Gehälter, Mieten und andere Aufwendungen ausgehandelt, die nach maximal vier Jahren neu verhandelt werden. Die aktuellen Verträge laufen seit diesem Jahr und bis 2026, die Vorstände hätten diese soeben „zähneknirschend“ unterzeichnet, heißt es in dem Schreiben und weiter: „Hätten sie die Verträge nicht unterzeichnet, hätte es kein Geld mehr gegeben, und die Kulturvereine hätten ihre Arbeit einstellen müssen!“



Malen, Handwerken und mehr: All das stand jüngst im Rahmen des Projekts „Startklar in die Zukunft“ im Kulturtreff Bothfeld auf dem Programm. Dr. Olga Artemova (von links), Regina Hogrefe, Elke Wittrin und Bozena Kopijmachnik vom Kulturtreff Bothfeld und vom Ukrainischen Verein kooperierten für das Unterfangen. Mitarbeitende des Kulturtreffs befürchten nun, dass sie ihr Angebot einschränken müssen, sollte die Stadt nicht einlenken. FOTO: IRVING ILLEGAS

Geringere Entlohnung

Die maximalen Fördersummen dieser sogenannten Zuwendungsverträge hatte die Verwaltung vorgegeben – inklusive zu erwartender Tarif- und Gehaltserhöhungen während der Vertragslaufzeit. Hier liegt das Kernproblem: Zugebilligt wurden den Vereinen je nach Einrichtung maximal 2,5 Prozent, ihre Berechnungen waren deutlich höher. Deshalb könne man die Mitarbeitenden, ohnehin oft geringer entlohnt als ihre Kolleginnen und Kollegen in den städtischen Einrichtungen, nicht mehr nach den gültigen Tarifen bezahlen. Bei Verträgen, denen eine Übernahme des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) zugrunde liege, müsse aber die gewerkschaftlich ausgehandelte Tarifierhöhung gezahlt werden – aus dem eigenen Budget.

„Das können die meisten Kulturtreffs nicht stemmen“, sagt Helmut Metzger vom Kulturtreff Hainholz. Auch eine Alterszusatzsicherung, die bei der städtischen Kollegenschaft dazugehöre, müsste der Verein für sein Personal selbst abschließen. „Wir in Hainholz haben das beispielsweise über die Bayerische Versorgungskammer gemacht“, sagt Metzger.

All das bringe die Vereinsvorstände eben in diese Zwickmühle,

die Notwendigkeit, ein Loch mit einem anderen zu stopfen.

Gleiches Geld gefordert

Die Alternativen seien: Den nach TVöD bezahlten Mitarbeitenden per Änderungskündigung die Gehälter zu kürzen, weniger Personal zu beschäftigen oder weniger Angebote in der Kulturarbeit anzubieten. Man wolle sich nicht als „Lohn-drücker“ instrumentalisieren lassen. Die Vereinsvorstände fordern „gleiche Arbeit und gleiche Qualifikation brauchen gleichen Lohn“.

Das müsse die Stadt gewährleisten. Ansonsten „sehen wir uns gezwungen, unser Kulturangebot entsprechend zu reduzieren, um die Gelder für die Gehälter bezahlen zu können“. Das könne gerade angesichts der sozialen Dringlichkeit dieser Arbeit, unter anderem die Integrationsarbeit und die kulturelle Einbindung von Kindern und Familien, so nicht gewollt sein.

Die Vorstände hoffen nun, dass das Thema im Rat auf den Tisch kommt, um eben diesem Dilemma zu entgehen.



Wichtiger Anker: Der Kulturtreff Hainholz.

FOTO: NANCY HEUSEL